

**LEBEN FÜR GERECHTIGKEIT. MENSCHENRECHTE. UMWELTSCHUTZ.
Natürliche „Reichtümer“ als Segen oder Fluch?**

30. Jänner 2008, 16.30 bis 20.00 Uhr
Julius-Raab-Stiftung, Tivoligasse 73a, 1120 Wien

Ressourcen-Gier macht arm

Vor 60 Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Dennoch werden diese tagtäglich, weltweit schwer verletzt. Beim Abbau von Bodenschätzen gehen die Ausbeutung von Mensch und Natur oft Hand in Hand. Schwere Umweltzerstörungen, die Vernichtung der traditionellen Lebensgrundlagen der Menschen und soziale Konflikte sind häufige Folge der „Ressourcen-Gier“.

Wie kann die ansässige Bevölkerung ihr Mitspracherecht bei der Regulierung und Kontrolle solcher Aktivitäten geltend machen, damit diese wirklich zu ihrem Wohle durchgeführt werden? Wer trägt die Kosten und wohin fließen die Gewinne? Welche politischen Konsequenzen ergeben sich daraus für die Regierungen der jeweiligen Länder sowie für Österreich und Europa? Diesen Fragen ging am 30. Jänner eine Veranstaltung des Instituts für Umwelt-Friede-Entwicklung (IUFÉ) sowie dem Renner-Institut, der Politische Akademie der ÖVP, der Grünen Bildungswerkstatt und des Foodfirst Information and Action Networks (FIAN) nach.



Verantwortung der Unternehmen thematisieren

IUFÉ-Geschäftsführerin Dr. **Petra C. Gruber** erklärte bei der Eröffnung der Veranstaltung, 60 Jahre Menschenrechte seien nicht nur ein Grund zum Feiern. Nach wie vor stünden schwere Verletzungen der Menschenrechte weltweit an der Tagesordnung. Es brauche daher handlungsfähige, starke Staaten, welche diese auch durchsetzen könnten. Gerade in Zeiten der Globalisierung, wo Unternehmen an Macht gewinnen würden, sei auch deren Verantwortung zum Thema zu machen, sagte Gruber. Beispielhaft verwies sie auf die Zusammenhänge zwischen dem wieder an Bedeutung gewinnenden Bergbau, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und dem Umweltschutz. Man müsse aber auch die Macht des Einzelnen zum Thema machen. Wem sei es bewusst, dass für einen kleinen Goldring, der Glück oder ewige Liebe symbolisieren solle, rund 20 Tonnen Minenabfall produziert würden, fragte Gruber.

Lange Geschichte der Menschenrechte

Eine Einführung in die Menschenrechte und ihre Bedeutung im Themenzusammenhang liefert Dr. **Michael Schaller** (sustainable – Agentur für Nachhaltigkeit). Schaller verwies darauf, dass die Geschichte der Menschenrechte bis in die fünf Bücher Mose zurückreiche. Neben einer ersten Erklärung der Menschenrechte durch Kyros II. im Jahr 539 vor Christus hob Schaller zahlreiche Stationen auf dem Weg zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 hervor. Diese sei ein Minimalkodex, auf den man sich unabhängig von Rasse, Farbe, Geschlecht oder Religion berufen könne. Zudem seien 1966 noch der Zivil- und Sozialpakt erlassen worden und nach dem Ratifizierungsprozess 1976 in Kraft getreten.

Schaller referierte über die drei Generationen von Menschenrechten: Den bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten sind soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte gefolgt. Als dritte Generation würden Kollektivrechte wie jenes auf Entwicklung, Frieden oder eine intakte Umwelt klassifiziert, die vor allem von Ländern des Südens eingebracht wurden.

Seien in der öffentlichen Wahrnehmung früher staatliche Verstöße gegen Rechte der Bürger im Mittelpunkt gestanden, so würden heute die Menschenrechte in einen Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten gestellt. Viele Verletzungen von Menschenrechten seien mit wirtschaftlichen Aktivitäten verbunden. Die Unterbindung dieser Menschenrechtsverletzung falle auch deshalb schwer, weil damit unser Lebensstil in Frage gestellt werde, sagte Schaller.

Bringe man die Leitsätze der UN-Menschenrechtserklärung mit der Nachhaltigkeitsdefinition des Brundtland-Reports 1987 in Verbindung, so hätten alle Menschen von Geburt an die gleichen Rechte, die Ressourcen der Erde zu nutzen. Der ökologische Fußabdruck zeige aber, dass unser Lebensstil einen viel zu großen Ressourcenverbrauch nach sich ziehe.



Guatemala, Kenia, Bangladesch: Wirtschaftliche Praxis und Alternativen

Anhand eines Vergleiches zwischen Guatemala, Kenia und Bangladesh machte Schaller deutlich, dass es ein sehr großer Unterschied sei, wo man geboren werde.

Im Fall Guatemala sprach er die zweifelhafte Rolle der United Fruit Company (heute: Chiquita Brand Int.) an, die in Reaktion auf eine teilweise Enteignung des Unternehmens einen politischen Umsturz forciert hätten. Dies sei wiederum der Beginn eines 30jährigen Bürgerkrieges gewesen. Heute betone das Unternehmen, dass es soziale und ökologische Kriterien einhalte. Als Positivbeispiel brachte Schaller einen von einer kirchlichen Hilfsorganisation unterstützten Pro-

zess von Arbeitern in der Kaffee-Produktion einer Finca, die sich damit gegen Ausbeutung erfolgreich zur Wehr setzen konnten. Fair Trade-Kaffee zeige, dass eine andere Form des Wirtschaftens möglich sei. Hier würden Löhne und Preise bezahlt, von denen die Menschen auch leben könnten. Zudem gebe es auch einen Bio-Aufschlag von Fair Trade. Das strukturelle Problem, dass hochwertige Wertschöpfung aber nach wie vor in den Industrieländern erfolge, bestehe aber auch in diesem Bereich, merkte Schaller an.

Am Beispiel Kenia – circa 30% der Bevölkerung leben unter Armutsgrenze, 40% haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, 20% der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt – zeigte Schaller, wie Menschen dort im und vom Müll leben müssten. Im Rahmen des Menschenrechtsstadt-Programms konnte durch Information und Prävention die Zahl von Vergewaltigungen massiv gesenkt werden, berichtete Schaller. Insgesamt gibt es – basierend auf dem Konzept von Peace-Now-Initiatorin Shulamith König – bereits zwei Dutzend Menschenrechtsstädte. Das Konzept sieht vor, dass die Menschen über ihre Rechte informiert und auf dieser Basis mit Bürgerbeteiligungsprozessen ihre Situation verbessert werden soll.

Noch dramatischere Daten präsentierte der Experte für Bangladesch, wo 40,5% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, nur ein Viertel der Menschen Zugang zu Trinkwasser hat und 48% der Kinder unterernährt sind. Das stark von Überschwemmungen betroffene Land werde auch vom Klimawandel schwer in Mitleidenschaft gezogen. Mit einem Anstieg des Meeresspiegels um 80 cm gingen laut Prognosen 15-20% der Landfläche verloren. Die Textilproduktion erfolge unter problematischen Bedingungen, internationale Standards würden wenig beachtet. Fair Trade sei noch kein Thema. Immerhin würden aufgrund steigender Nachfrage Textilien zunehmend umweltfreundlich produziert. Fairer Handel sei vor allem für Frauen ein wichtiges Thema und sichere ihr Einkommen.

	Österreich	Guatemala	Kenia	Bangladesch
Einwohner	8.233.000	12.599.000	34.256.000	141.822.000
Fläche	83.871 km2	108.889 km2	582.646 km2	147.570 km2
Einwohner/Fläche	98 je km2	116 je km2	59 je km2	961 je km2
BIP [2005]	37.190 \$	2.400 \$	540 \$	470 \$
HDI-Index	15	118	148	140
HDI Wert	0,948	0,689	0,521	0,547
Human Poverty Index		22,5	30,8	40,5
Lebenserwartung	79,4 a	69,7 a	52,1 a	63,1 a
Alphabetenrate		69,1%	73,6%	47,5 %
Zugang Trinkwasser		5%	39%	26%
Untergew. Kinder (0-5)		23%, Rang 38	20%, Rang 47	48%, Rang 2
CO2 Em. 2004 pro Kopf	8,6 tCO2	1,0 tCO2	0,3 tCO2	0,3 tCO2
CO2 Em. 2004 gesamt	69,8 MtCO2	12,2 Mt CO2	10,6 Mt CO2	37,1 MtCO2
CO2-Em. über Leben	682,847 tCO2	69,7 tCO2	15,63 tCO2	18,93 tCO2
Österreichs Vielfaches	1	9,79	43,68	36,07

Der Unternehmensberater formulierte zu Ende seines Vortrages Thesen für die Zukunft: So plädierte er für überprüfbare Mindeststandards, deren Einhaltung von der WTO zu sichern sei. Weiters sei ein anderer Lebensstil notwendig, eine Änderung des Konsumverhaltens reduziere den Druck auf die Umwelt. Drittens würden gerechte Preise neue Perspektiven eröffnen, derzeit lebe man auf Kosten gegenwärtiger und zukünftiger Generationen. Viertens plädierte Schaller für ethisch korrekte Wertschöpfungsketten – wer diese nicht nachweisen könne, solle „übermorgen“ Produkte nicht mehr verkaufen können. Und schließlich könnten Unternehmen Vorbild sein und Selbstverpflichtungen eingehen. Schon heute gebe es Unternehmen, die auf Arbeitsbedingungen

bei Zulieferern, auf das Verbot von Kinderarbeit oder Bestechung Wert legten. Hier gebe es jedenfalls ein großes Betätigungsfeld. Insgesamt, so Schaller, würden derartige Themen in den „Mainstream“ einfließen. Fair Trade, „Ja, natürlich“ und sogar der Hausverstand finden sich in der Werbung wieder. Gefordert seien aber auch Politik und Interessenvertretungen. Die Rahmenbedingungen des politischen und wirtschaftlichen Handelns müssten geändert werden. Er sei froh, sagte Schaller, dass es mit dem IJFE einen „Think-Tank“ gebe, der einen Beitrag für eine Kursänderung von Politik und Konsumenten leiste.

Goldabbau und seine Konsequenzen

In der anschließenden Dialogrunde unter der Leitung von Dr. **Petra C. Gruber** erörterten Univ.-Prof. Dr. **Andreas J. Obrecht** (Soziologe, Kulturanthropologe und Schriftsteller / IEZ), Dr. **Christoph Grabmayr** (Regionalmanager Afrika und Nahost / Wirtschaftskammer Österreich) sowie Dr. **Ralf Leonhard** (Jurist, Journalist / FIAN) konkrete Beispiele und Problemstellungen der Ausbeutung „natürlichen Reichtums“ und des Status der Menschenrechte.



Das Thema Menschenrechte begleite die Entwicklungspolitik und Entwicklungsforschung. Auch in postkolonialen Verhältnissen ist die Ausbeutung von Rohstoffen in ehemals kolonialen Einflusssphären mit struktureller Gewalt und der tendenziellen Zerstörung indigener Strukturen und damit Kulturen verbunden, so der Kulturanthropologe. Unterstützt von einem Film berichtete Andreas Obrecht von einem Forschungsprojekt, in dem die Veränderung einer traditionellen Gesellschaft auf der Inselgruppe Lihir in Papua Neuguinea durch eine Goldmine untersucht wurde. Auf Niolam, der größten Insel, war vor zehn Jahren die damals zweitgrößte - heute fünftgrößte - Goldmine der Welt eröffnet worden. Auf einer Insel, deren Bewohner zuvor subsistenzwirtschaftlich gelebt hatten, wurden Dörfer umgesiedelt, eine Straße, ein Flughafen, ein Kraftwerk und eine Containerstadt errichtet. Teile der Insel gleichen schon heute einer Kraterlandschaft. Es werden etwa 75 Kilogramm Gold täglich mittels der Auslaugung durch Zyanid gefördert. Dabei wird das Gold im Tagbau aus dem Vulkanstaub gewonnen, der Abraum in der Bucht gelagert und die toxischen Rückstände der Verarbeitung der Erze in eine Tiefenschicht des Pazifiks geleitet. Der heilige Berg Aleia, der den Bewohnern der Insel die rituelle Stätte der Totenverehrung gewesen war, wurde abgetragen. Wie überall dort, wo es rasche, oft mit Rohstoffexploitation verbundene „Modernisierungsprozesse“ gibt, teile sich auch die Gesellschaft Lihirs in „Modernisierungsverlierer und -gewinner“, berichtete Obrecht: in zumeist ältere Menschen, die den neuen Entwicklungen passiv und teils ohnmächtig und skeptisch gegenüberstehen, und in zumeist jüngere Menschen, welche die neuen Chancen zu nutzen versuchen, in dem sie beispielsweise einen Job bei der Minen-

gesellschaft ergattern. Die Goldmine in Lihir wird etwa noch zwanzig Jahre fördern. Dann wird die Minengesellschaft die technischen Infrastrukturen abbauen und die Tätigkeiten einstellen. Zurück bleibt eine einst grüne Insel, die zu einer unfruchtbaren Kraterlandschaft geworden ist, so Obrechts Befund.

Rückkehr des Kolonialismus unter moralischem Deckmantel?

Christoph Grabmayr (Wirtschaftskammer Österreich) präsentierte einen Werbefilm der namibischen Botschaft über die Bedeutung der Diamantenindustrie für das Land. Die reichen Bodenschätze des Landes würden in Schulen, Spitäler und auch in den Kampf gegen HIV/Aids investiert, so die Aussage des Films, den Grabmayr als „Propagandafilm“ qualifizierte. Auf Nachfrage von Moderatorin Petra Gruber hinsichtlich der Verantwortung von Unternehmen sagte Grabmayr, diese müssten sich natürlich ihrer Verantwortung stellen. Auch Geschäftsleute seien Teil der zivilen Gesellschaft. Seine Werte gebe man nicht am Flugsteig einfach ab. Es sei allerdings ureigenste Aufgabe der staatlichen Verwaltung, die Regeln für das Wirtschaftsleben aufzustellen und durchzusetzen. Diese Aufgabe dürfe und solle man einem Staat auch nicht abnehmen. Zur Frage, unter welchen Bedingungen es angebracht sei, jenseits des Prinzips der staatlichen Souveränität einzuschreiten, wenn eine Regierung zu viele Übergriffe auf die eigene Bevölkerung ausübe, sagte der Wirtschaftskammer-Experte, dies sei ein zweischneidiges Schwert. Dieser Ansatz werde in Afrika kritisiert, da er sich vom Norden gegen den Süden richte. Der Kolonialismus komme auf diese Weise durch die Hintertüre mit einem moralischen Mantel wieder zurück. Statt den Beamten der Kolonialregimes prägten „die Herren von Weltbank und NGOs“ das Bild, sagte Grabmayr. Er sprach sich dafür aus, dass es für die Unternehmen klare Regeln gebe. Regeln, die für alle gelten sollten, die einfach und klar seien und die bei allen angewendet werden sollten. Das sei wichtig, sonst verdränge die skrupelloseste Firma alle anderen, und gerade die Firmen aus Ländern ohne Beschränkungen machten Geschäfte in Ländern, wo Beschränkungen notwendig seien. Grabmayr verwies darauf, dass es im Bergbausektor eine Vielzahl von Initiativen der Unternehmen auf freiwilliger Basis gebe, um Projekte sozial- und umweltverträglich durchzuführen. Als Beispiel nannte er das „Framework for Responsible Mining“. Gerade die großen Unternehmen hätten für solche Initiativen viel übrig, weil sie auch am meisten zu verlieren hätten. Die kleinen Unternehmen erwische man mit solchen Vereinbarungen aber nicht. Grabmayr berichtete, die schlimmsten Verwerfungen hätten Warlords in Sierra Leone angerichtet: Diese hätten die Bevölkerung gezwungen, mit primitivsten Methoden nach Bodenschätzen zu graben. Die meisten internationalen Unternehmen würden die Moral, die sie daheim hätten, nicht im Ausland abgeben. Die Wirtschaft brauche schließlich nicht nur billige Bodenschätze, sondern auch reiche Konsumenten. Die Dritte Welt sei ein Hoffungsmarkt.

Bodenschätze bringen Einheimischen kein Glück

Ralf Leonhard (FIAN) informiert zunächst über die Arbeit von FIAN, einer Menschenrechtsaktion für das Recht auf Nahrung, und steuerte schließlich einen Bericht über den Bergbau in Ghana bei. Ghana war früher unter dem Namen Goldküste Teil des britischen Kolonialreichs und erreichte 1957 unter Kwame Nkrumah als erste afrikanische Kolonie ihre Unabhängigkeit. Auch die neue Regierung setzte auf die Ausbeutung der Bodenschätze als Grundlage der staatlichen Entwicklung. Daran hat sich bis heute nichts geändert, berichtete Leonhard. Der Goldabbau sei die wichtigste Wirtschaftsaktivität des Landes, ein Drittel aller Deviseneinnahmen resultiere daraus. Das Problem mit den Bodenschätzen liege meist darin, dass sie denen, in deren Heimat sie gefunden würden, kein Glück brächten. Dieses Geschenk werde nämlich meist von anderen ausgebeutet, als jenen, die vor Ort lebten. Auch Ghana sei natürlich an Einnahmen interessiert. Während der Abbau bis in die 1980er Jahre staatlich erfolgt sei, musste der Bergbau im Zug der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Währungsfonds privatisiert werden. Es wurden ausländische Investoren ins Land geholt. Ein Dutzend transnationale Bergbauunternehmen hat

derzeit Schürfrechte in Ghana, zehn davon bauen Gold ab, darunter die Newmont Company mit Sitz in Denver, Colorado. Newmont ist der größte Bergbaukonzern weltweit. Die ghanaische Verfassung schreibt die staatliche Verfügungsgewalt über alle Ressourcen unter der Erdoberfläche fest. Die Regierung kann also Schürflizenzen auch für private Ländereien vergeben. Die Eigentümer sind „schnell, effektiv und angemessen“, wie es auch das Völkerrecht verlangt, zu entschädigen. Das Bergbaugesetz von 1994 definiert allerdings diese Entschädigung zu Ungunsten der Betroffenen. Auch die Besteuerung der Gewinne ist niedrig. In der Praxis zahlt kein Konzern mehr als 3%. In der Zentralregion, im Verwaltungsbezirk Ahafo, fördert die Newmont Company seit Jahren Gold. Das Gelände ist wie ein Hochsicherheitsgebiet abgeriegelt und mit Warnschildern als Territorium von Newmont gekennzeichnet. Die umwohnende Bevölkerung leidet in verschiedenen Formen unter der Tätigkeit des Mineralienkonzerns. Als die Company ihre Prospektionen anstellte, wurden der Bevölkerung Wohlstand und Fortschritt versprochen. Der Verlust an Ackerland würde durch Jobs in der Mine mehr als ausgeglichen werden. Die betroffenen Bauern hatten keine Alternative. Sie mussten ihr Land an Newmont abtreten und die gesetzlich geregelte Entschädigung akzeptieren. Diese sieht vor, dass die Bergbaugesellschaft ein gleich großes Grundstück zur Pacht zur Verfügung stellen und zwei Jahre lang den Pachtzins zahlen muss. Die meisten Bauern haben allerdings Kakaopflanzungen, die erst nach fünf Jahren Frucht tragen. Die Bäume haben allerdings eine Lebenserwartung von bis zu 50 Jahren. Pro Baum sieht das Gesetz allerdings nur eine Entschädigung von etwa acht Dollar vor, das entspricht dem Ertrag eines halben Jahres. So werden vergleichsweise wohlhabende Kakaobauern über Nacht zu Sozialfällen. Arbeit erhielten die wenigsten, denn Newmont importierte Arbeitskräfte aus den Philippinen.

Auch jene, die das Glück haben, dass ihr Grundstück außerhalb des Claims liegt, sind von der Bergbauaktivität betroffen. Das hochgiftige Zyanid, das für die Aufbereitung des geförderten Erzes verwendet wird, landet in einem Stausee, dessen Überlaufen die umliegenden Flüsse und Grundstücke dauerhaft verseuchen würde. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bauern wirkt sich nachhaltig aus. Denn viele Familien können es sich nicht mehr leisten, ihre Kinder in die Schule zu schicken. In der Praxis gebe es viele, die in absoluter Armut lebten. Nur 20% der Gewinne blieben in der Region, wovon aber viel an den lokalen „Chiefs“ hängen bleibe, sagte der Experte. Er bilanzierte, der Goldbergbau sei heute nicht notwendig, um den Bedarf der Schmuckindustrie decken zu können. Die USA und die Schweiz sollten ihre Goldreserven auf den Markt werfen, schließlich sei das Währungssystem längst von den Goldreserven abgekoppelt. Ghana könne die Konzerne höher besteuern und durch ein verbessertes Gesetz höhere Umwelt- und Sozialstandards verankern. Die Einbindung der betroffenen Bevölkerung sei jedenfalls eine absolute Notwendigkeit, um die Menschenrechte zu wahren und den sozialen Frieden der Region sicherzustellen.

Freiwillige oder verbindliche Regeln?

In der nachfolgenden Diskussion betonte Andreas Obrecht, Unternehmen seien keine karitativen Organisationen. Insofern stelle sich die Frage, ob die Frage nach der Ethik überhaupt gestellt werden könne. Man könne jedenfalls feststellen, dass die Minenindustrie nicht zu einer effizienten Armutsbekämpfung beitrage. Was in die Nationalökonomie zurückfließe, hänge sehr von den jeweiligen Regimes ab. Aus dem Blickwinkel der Betroffenen handle es sich um einen Ausverkauf ihrer Ressourcen und um eine massive Exploitation. Indigene Strukturen und damit Kulturen würden tendenziell zerstört. Staaten mit schwachen Institutionen und Kontrollinstitutionen würden die Korruption fördern. Zudem müsse man fragen, ob die Privatisierungen nicht armutsfördernde Effekten hätten.

Zur Frage von Moderatorin Petra Gruber, ob es nicht auch rechtlich verbindliche Standards und Sanktionen bei ihrer Nichteinhaltung geben müsse, sagte FIAN Experte Leonhard, bei freiwilligen

Verpflichtungen könnten es sich die Unternehmen aussuchen, wie sie ihren Kodex formulierten. Völkerrechtliche Verpflichtungen setzten letztlich doch einen Standard und seien daher vorzuziehen.

Christoph Grabmayr schloss sich dem an. Er verwies darauf, dass Bodenschätze den großen Vorteil böten, dass das jeweilige Land in einer starken Position gegenüber Unternehmen sei: Unternehmen könnten nicht weggehen, wie etwa in der Textilindustrie. Die Frage sei, wer die Bodenschätze abbaue.

Ralf Leonhard erklärte, er habe noch von keinem großen Betrieb gehört, der sich für verbindliche Standards ausspreche. Die illegalen Kleinbetriebe in Ghana, die nach Gold schürften, seien Ein- bis Zweimann-Betriebe. Es handle sich dabei um Ausbeutung und Selbstausbeutung mit schweren ökologischen Folgeschäden. Die großen Unternehmen arbeiteten auf einem anderen Niveau. Arbeitsbedingungen seien formal geregelt, wenn auch nicht gut.

Petra Gruber wies auf die Gefährlichkeit der Arbeit hin und listete die negativen Auswirkungen auf die Gesundheit auf, etwa auf den Blutdruck, die Schilddrüsen, das Nervensystem, auf Leber- und Lungenfunktionen, die Fortpflanzungsfähigkeit bis hin zu Fehlgeburten und Krebs. Die geringe Lebenserwartung von Bergleuten liege oft bei 35 bis 40 Jahren.



Nachfrage nach Gold steigt

Andreas Obrecht meinte zur Frage nach der Bedeutung von Gold für unsere Gesellschaft, damit seien ökonomische und mythische Vorstellungen verbunden. Der Goldabbau auf der Inselgruppe Lihir zerstöre eine Lebensform – und das ersatzlos. Den Menschen bliebe nur Migration oder Verelendung. Die wachsende Bedeutung von Gold erklärte Christoph Grabmayr damit, dass sich immer mehr Menschen Gold leisten könnten, insbesondere durch das Wirtschaftswachstum in Indien. Dazu komme die Technik: Jeder Chip sei vergoldet, die Nachfrage nach Platin werde mit der Mobilisierung in Indien und China stark steigen, da Platin in Katalysatoren verwendet werde. Moderatorin Petra Gruber ergänzte in diesem Zusammenhang, dass 85% des Goldbedarfs von der Juweliersbranche gedeckt würden. Den Konsumenten fehle das Bewusstsein, welche Zerstörungen damit einher gehen. Die „No Dirty Gold“-Kampagne mache dies zum Thema.

Andreas Obrecht plädierte dafür, mehr Druck auf nationale Administrationen auszuüben, um Menschenrechtsstandards durchzusetzen. Dies sei eine Frage von Good Governance. In der Publikumsdiskussion wurde u.a. kritisiert, dass die Weltbank viele Staaten dazu ermuntert habe,

für Bergbauprojekte Umweltschutzstandards herunterzusetzen. Menschenrechte müssten als verbindliche Standards gesehen werden. Es brauche Beschwerdeverfahren und Gerichtshöfe.

In der Schlussrunde unterstrich Andreas Obrecht, dass Interventionen bei Menschenrechtsverletzungen als Folge von Globalisierung sinnvoll seien. Wenn es einen Grundkonsens über universale ethische Prinzipien gebe, könne man auf politischer Ebene Druck ausüben – vor allem auf schwache Staaten. Gefragt sei die Politik. Christoph Grabmayr schloss sich diesem Wunsch an. Die Politik dürfe sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen und es den Unternehmen auftragen, sich „gefälligst moralisch zu verhalten“. Ralf Leonhard sprach sich ebenfalls für politische Interventionen aus. Es sei eine Pflicht, die Regierungen an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern. Wenn man Unternehmen zwingt, bestimmte Standards bei der Ausbeutung von Bodenschätzen einzuhalten, würden viele Bodenschätze nicht abgebaut werden. Dies könne von Vorteil sein.

Als Resümee der Diskussion präsentierte IUFE-Geschäftsführerin Petra Gruber ein Bündel von Forderungen: So müssten Menschenrechtsanliegen und Umweltschutz vor Gewinninteressen gestellt werden, wofür es klare Vorgaben und ein unabhängiges Monitoring brauche. Verstöße müssen Sanktionen zur Folge haben. Einnahmen aus Rohstoffen seien sinnvoll zu verwenden, dabei sei Transparenz auch im Hinblick auf Demokratisierung ein wichtiges Thema. Schließlich seien wir alle als Konsumenten und Bürger aufgefordert, die Entscheidungsträger auf ihre Verantwortung hinzuweisen und auch selbst Verantwortung wahrzunehmen. Wem sei schließlich bewusst, dass für einen kleinen Goldring, der Glück oder ewige Liebe symbolisieren solle, rund 20 Tonnen Minenabfall produziert würden, fragte Gruber.